



## Eberhard Gienger: Berlin Aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

in etwas mehr als einer Woche sind Sie aufgerufen, neue Ortschaftsräte, Gemeinderäte, Kreisträte, für die Region Stuttgart die Regionalversammlung und nicht zuletzt die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes zu wählen. Aus vielen Städten und Gemeinden habe ich gehört wie schwer es war, Kandidatinnen und Kandidaten für das kommunale Ehrenamt zu finden. Ein herzliches Dankeschön an alle, die bereit sind, für solch ein öffentliches Amt zu kandidieren!

Für die Europawahl haben CDU und CSU erstmals ein gemeinsames Wahlprogramm unter dem Titel: "Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand" aufgelegt. Sie können sich das Programm hier herunterladen:

[https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokument/e/europawahlprogramm.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=18290](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokument/e/europawahlprogramm.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=18290)

Im Mittelpunkt stehen zentrale Fragen zur Gestaltung der gemeinsamen Zukunft in Europa. Es gehe um „ein Europa, das in den großen Schicksalsfragen in der Lage ist, seine Rolle in der Welt erfolgreich zu wahrzunehmen. Bei allem was von populistischen Parteien in ganz

Europa momentan verbreitet wird, es geht nicht um die Frage „Europa ja oder nein“, sondern es geht darum, wie wir unser Europa zukünftig gestalten wollen. Wir stehen für Wohlstand und Sicherheit. Wir setzen auf eine wettbewerbsfähige Europäische Union, die auf die Fähigkeiten ihrer Unternehmen und Bürger setzt. Wir wollen, dass die EU stärker bei der äußeren und inneren Sicherheit etwa mit einem Europäischen FBI wird. Und wir wollen, dass die EU-Mittel klug investiert werden in Zukunftsthemen – wir sind gegen Umverteilung, wie es etwa die Grünen mit einem Altschuldenfonds zugunsten hochverschuldeter EU-Staaten

Auf uns als Union ist Verlass, wir wollen Europa, unsere Landkreise sowie unsere Städte und Gemeinden in eine gute, in eine bessere Zukunft führen.

**Deshalb meine Bitte an Sie:  
Gehen Sie wählen!**

Mit besten Grüßen

Ihr

Eberhard Gienger

## **Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht.**

Wir haben den Entwurf des „Geordnete-Rückkehr-Gesetzes“ mit dem die Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber besser vollzogen wird, in dieser Woche in erster Lesung beraten. Ziel ist es zudem, Fehlanreize zum rechtswidrigen Zuzug und Verbleib im Bundesgebiet zu beseitigen und härter gegen straffällige Ausländer vorzugehen. Hierfür werden solche vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer künftig nur noch eine "Duldung für Personen mit ungeklärter Identität" erhalten. Dabei handelt es sich um Personen, die etwa wegen Verstoß gegen die Passbeschaffungspflicht selbst zu vertreten haben, dass sie nicht abgeschoben werden können. Eine solche Duldung zieht künftig u.a. ein Erwerbstätigkeitsverbot nach sich. Ausgeweitet werden die Möglichkeiten der Abschiebungshaft, damit eingeleitete Abschiebungen konsequent durchgeführt werden können. Neu eingeführt wird außerdem die Mitwirkungshaft, wenn der Ausländer bestimmten Anordnungen zur Identitätsfeststellung nicht nachkommt.

Um Fehlanreize bei der Sekundärmigration aus anderen EU-Staaten zu verhindern können Leistungen künftig eingeschränkt werden, wenn feststeht, dass die Bundesrepublik nicht für deren Asylverfahren zuständig ist.

### **Presse**

BAföG wird deutlich erhöht - Geldleistungen und Freibeträge steigen

Zur 2. und 3. Beratung der Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes am heutigen Donnerstag erklärt Eberhard Gienger als Mitglied des Bildungsausschusses:

„Es ist eine der größten BAföG-Reformen in der Geschichte der Bundesrepublik. Rund 1,3 Milliarden Euro wird der Bund in den kommenden Jahren ausgeben, um Auszubildende und Studierende in mehrfacher Hinsicht finanziell zu entlasten. Es ist gut ausgegebenes Geld für die soziale Gerechtigkeit und die Zukunft unseres Landes.“

So wird der Wohnzuschlag überproportional um 30 Prozent angehoben, um Studierende bei der aktuellen Wohnungssituation gerade in Hochschulstädten zu helfen. Der Höchstsatz der Förderung steigt um 17 Prozent von heute 735 Euro bis auf 861 Euro im Jahr 2020. Die Einkommensfreibeträge werden um insgesamt über 16 Prozent angehoben, was gerade Familien entlastet, die bislang knapp über der Fördergrenze lagen. Damit unterstützen wir aktiv die Mittelschicht. Der Freibetrag für eigenes Vermögen von Auszubildenden wird im Jahr 2020 von derzeit 7.500 Euro auf künftig 8.200 Euro angehoben. Das ermöglicht einen flexibleren Umgang mit Rücklagen während der Ausbildung, ohne dass diese auf die Förderung angerechnet werden. Zudem wird die Rückzahlung vereinfacht und spätestens nach 77 Monatsraten ist man schuldenfrei. Damit braucht niemand mehr Angst zu haben, sich über Gebühr zu belasten.

### **Termine**

#### Samstag, 18. Mai 2019

08:00 Uhr: Infostand CDU Abstatt Bäckerei Jürgens  
09:00 Uhr: Infoveranstaltung Bachbegehung in Talheim, Rathausplatz  
10:30 Uhr: Infostand CDU Brackenheim, Rathaus

#### Dienstag, 21. Mai 2019

20:00 Uhr: Abgeordnete im Dialog mit den Vereinen, Brackenheim-Meimsheim, Am Sportplatz 3

#### Donnerstag, 23. Mai 2019

15:00 -17:00 Uhr: Bürgersprechstunde

#### Freitag, 24. Mai 2019

11:00 Uhr Infostand CDU Leingarten, Rathaus  
14:00 Uhr Infostand CDU Tamm, Wochenmarkt  
16:00 Uhr CDU-Beilstein, Wochenmarkt

#### Samstag, 25. Mai 2019

09:00 Uhr: Infostand CDU Lauffen, Postplatz  
10:15 Uhr: Infostand CDU Nordheim, Wochenmarkt Ortsmitte vor Gerdas Laden